

Wilstedt, den 20.11.2014

Eil-Antrag

für die Umweltausschusssitzung am 02.12.2014

Umgang mit den Bürgern vor Ort durch Schaffung von Transparenz in den Verwaltungsabläufen und Aufbau von Strukturen und Vorgehensweisen, die eine bürgerfreundliche Umgangsform gewährleisten und die Sorgen und Ängste der Bürger endlich ernst nehmen.

1. Es sollte eine Person aus der Kreisverwaltung für Bürger-Fragen zu den Problemen Fracking-Anlagen und Bohrschlammablagerungen und Bodenschutz ständig zur Verfügung stehen.
2. Es müssen regelmäßig Informationsveranstaltungen in den betroffenen Gemeinden durchgeführt werden.
3. Die zusammengetragenen Bürgerkenntnisse und die Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Maßnahmen der Landkreisverwaltung müssen digital archiviert und regelmäßig aktualisiert den Bürgern über die Homepage des Landkreises zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: In den vergangenen Monaten sind in unserem LK ROW einige Probleme ans Tageslicht gekommen, die es nur durch die tatkräftige Mithilfe von Bürgern, Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Radio und TV-Anstalten ermöglicht haben, gravierende Umweltprobleme in unserem Landkreis überhaupt erst sichtbar zu machen. Es wurden durch die o.g. Akteure faktisch Aufgaben der Verwaltung wahrgenommen. Das meist abweisende und abwehrende Verhalten der Kreisverwaltung, die oft nur darin bestand zu betonen, dass man nicht zuständig ist, sollte der Vergangenheit angehören, sonst widerspricht es dem Auftrag, den die Kreisverwaltung zu erfüllen hat, sich nämlich um die Sorgen und Ängste der Bürger angemessen zu kümmern, die durch die aktuellen Krebszahlen, die Bohrschlammgruben und die anderen Aktivitäten der Erdgasförderfirmen ausgelöst haben.

Zumal auch durch die Bohrschlammgruben nun auch ein Bodenproblem anhängig ist, was den Landkreis als Bodenschutzbehörde direkt betrifft.

Die Sorgen der betroffenen Bürger müssen endlich ernst genommen werden. Auch wenn der letzte Beweis noch nicht geführt wurde, so ist es aber von großer Bedeutung auf die Tatbestände endlich angemessen im Sinne der Bürger zu reagieren und nicht immer im Sinne der Gasförderunternehmen.

Dr. Manfred Damberg

Kreistagsabgeordneter
Die Linke im LK ROW